

Unterstützungswerke
e Volksgenossen Bett-

ein Bett oder einen
stehen, wird gegeben,
W., Hermann-Göring-
3249.

nach gut 300 Zuschauer
ungen in diesem Spiel
tinau und stellen bei
lympia errang erwer-
der 2. Kreisklasse den
überlauf nach verdient
raße besitzt auch heute
kampfstärkter Einheit
Spiel- und Kampfsiege,
genug zu kämpfen in
das Geschehen in der
harte Note getragen.
hier nicht lang und
sind solche Szenen, die
spielten höchst über-
t in tat manchem
rdings trägt auch der
nn er hätte unbedingt

Spiele.
isgespielt. Nach 15
führung für Olympia
Spieler auch den zwei-
Bocholt 26 kann sich
durchsetzen. So wech-
t den Platzwechsel die
an auf beiden Seiten
st den Platz verlassen.
s von Bauhaus sorgen
der Olympianer. Im
u seinen zwei Gegen-
schmähbares Endresultat,
abaus nach einem Zu-
des Sportklubs den
n verlassen mußte. f.

IV. Phönix.
ein 1:1 gegen die

Phönix traf im ersten
nunftigkeit von Victoria
Seidens Tabellens
die nur einen Punkt
Vorwärts gelang es
gares 1:1 zu erzielen.
glückliches Spiel
ein den Erfolg, denn
harmlosen Feuerantillen
Hausführung im Büro der
Bularest Vertretung der tschechoslowakischen Stoda-
werke an, und es ist gewiß kein Zufall, daß die mili-
tärischen und zivilen Untersuchungsbehörden für den
eiserne Geheimhaltungs- und Ingenieurbüro
mehr Interesse zeigten als für die Geschäftsbücher, aus
denen man nur eine Steuerhinterziehung nach-
weisen kann.

Der eiserne Schrank enthielt viel wichtigere Dinge.
Drei Stunden lang suchten die Beamten das Material:
Pläne, Vertragsentwürfe, Geschäftsverhandlungen ein-
schließlich von Unterlagen mit verdächtigen Dednamen,
und siehe, auch Abschriften wichtiger militärischer Do-
kumente, die sich auf die rumänische Landesverteidigung
beziehen, kommen zum Vorschein. Sieben militärische
Schriftstücke werden beschlagnahmt, genau paginiert und
rubriziert, die Sache dauert unheimlich lange. Da wird
die Untersuchung nicht abgebrochen. Der
eiserne Schrank wird wohl amtlich verriegelt, und eine
Abteilung Gendarmen zur Bewachung zurückgelassen.
Aber auch die Gendarmen erhalten anderntags den Be-
fehl zum Abzug — man weiß heute noch nicht, wer diesen
Befehl erteilt hat — und der Direktor der Bularest
Stodaverwaltung, der Oesterreicher Seletsky, schreitet
vor dem verriegelten eisernen Schrank so nervös auf und
ab, daß er sich mit den Zierknöpfen seines rechten Ärmels
in den Bindfäden der Siegel verfangt und diese abreißt.
Als 38 Stunden später die Staatsanwaltschaft wieder
Nachschau hält und den eisernen Schrank öffnet, ist un-
schwer festzustellen, daß der Inhalt des Geheim-
tresors etwas gelichtet wurde. Der Staats-
anwalt findet jedenfalls nicht das, was ihn mehr inter-
essiert als die Abschriften der Militärdokumente: der
Chiffreschlüssel zur Entzifferung der Dednamen in
dem Briefwechsel zwischen Bularest und der Prager
Generaldirektion ist verschwunden. Das ist über-
aus schade, denn in dem Briefwechsel stehen rätselhafte
Worte, wie Kaufhaus, Palastbau usw., die immer im
Zusammenhang mit erheblichen Geldbeträgen erwähnt
werden. Die Annahme liegt nahe, daß die Dednamen
jene Personen betreffen, die die Schmiergelder ge-
nommen haben. Seletsky scheint nach dieser Richtung hin
jemlich großzügig gewesen zu sein.

Einige Tage später nach der aufsehenerregenden
Hausführung fällt die Opposition Sturm gegen die
Regierung der Nationalen Kleinbauern, die den Stoda-
vertrag im Mai 1930 abgeschlossen hat. Es werden
phantastische Beträge genannt, die als Schmier-
gelber bezahlt wurden. Die Summe von Millionen
Geld fliegen nur so in der Luft herum; zählt man nach,
dann erkennt man an die drei Milliarden Lei; Beträge,
die zweifellos übertrieben sind. Aber auch wenn man
hiervon die Hälfte, oder auch gar zwei Drittel abstricht,
bleibt genug übrig, was in gewisse Taschen gelassen ist.
Unter dem ungeheuren Druck der Opposition läßt die
Regierung Baiba-Roedon den Leiter der Bularest
Stoda-Vertretung, Seletsky, verhaften. Der Be-
dacht der Spionage muß allerdings bald fallen gelassen
werden, Seletsky wird nur des Anbetrags von mili-
tärlichen Dokumenten und der Entfernung amtlicher Siegel
beschuldigt.

Im August 1933 ist der Sensationsprozeß vor
dem Bularest Kriegsgericht. Es sind tropisch
heiße Tage, trotzdem ist der Verhandlungssaal bis auf
den letzten Platz gefüllt. Die beste Bularest Gesellschaft
ist vertreten. Man erwartet von Tag zu Tag die große
Senation. Die Stoda-Verträge kommen aber nicht
zum Vorschein. Seletsky schweigt wie das
Grab. Er habe keinen Heller Bestechungs-
gelber gezahlt. Dabei bleibt er, obwohl er ruhig
reden könnte, denn nach dem rumänischen Gesetz
nicht der bestraft, der besticht, sondern der Bestochene. Der
Prozeß dauert vierzehn Tage. Gemeine Kriegsminister,
eine Anzahl von Generalen, die technischen Abteilungs-
leiter des Kriegsministeriums ziehen als Zeugen auf und
stellen Seletsky, dem „Aushilfsminister von heute“, ein glän-
zendes Zeugnis aus. Auch der militärische Staatsanwalt
hält eine auffallend maßvolle Schlussrede. Trotzdem wird
Seletsky zu fünf Jahren schweren Kerfers
verurteilt. Nicht wegen der Bestechungen, von denen
in dem Prozeß kaum die Rede war, sondern wegen der
Militärdokumente, die er sich im Auftrag der
Stoda-Vertretung beschafft hatte, um in allen rumänischen
Küstungsfragen genau Bescheid zu wissen. Die Verteidi-
gung erhob gegen das Urteil Einspruch, Seletsky verlor
jedoch die Revision.

Der Stoda-Vertrag ist damit aber noch nicht zu Ende.
Die Sache hängt nach dem Prozeß eigentlich erst an.
Immer lauter werden die Stimmen, die ein großes
Reinmachen und Bestrafung der Schuldigen fordern. Die
Stoda-Verträge vergiftet die politische Atmosphäre Rumä-
niens bis zur Unentrichtlichkeit. Der Regimewechsel, der

Im August 1933 ist der Sensationsprozeß vor
dem Bularest Kriegsgericht. Es sind tropisch
heiße Tage, trotzdem ist der Verhandlungssaal bis auf
den letzten Platz gefüllt. Die beste Bularest Gesellschaft
ist vertreten. Man erwartet von Tag zu Tag die große
Senation. Die Stoda-Verträge kommen aber nicht
zum Vorschein. Seletsky schweigt wie das
Grab. Er habe keinen Heller Bestechungs-
gelber gezahlt. Dabei bleibt er, obwohl er ruhig
reden könnte, denn nach dem rumänischen Gesetz
nicht der bestraft, der besticht, sondern der Bestochene. Der
Prozeß dauert vierzehn Tage. Gemeine Kriegsminister,
eine Anzahl von Generalen, die technischen Abteilungs-
leiter des Kriegsministeriums ziehen als Zeugen auf und
stellen Seletsky, dem „Aushilfsminister von heute“, ein glän-
zendes Zeugnis aus. Auch der militärische Staatsanwalt
hält eine auffallend maßvolle Schlussrede. Trotzdem wird
Seletsky zu fünf Jahren schweren Kerfers
verurteilt. Nicht wegen der Bestechungen, von denen
in dem Prozeß kaum die Rede war, sondern wegen der
Militärdokumente, die er sich im Auftrag der
Stoda-Vertretung beschafft hatte, um in allen rumänischen
Küstungsfragen genau Bescheid zu wissen. Die Verteidi-
gung erhob gegen das Urteil Einspruch, Seletsky verlor
jedoch die Revision.

Der Stoda-Vertrag ist damit aber noch nicht zu Ende.
Die Sache hängt nach dem Prozeß eigentlich erst an.
Immer lauter werden die Stimmen, die ein großes
Reinmachen und Bestrafung der Schuldigen fordern. Die
Stoda-Verträge vergiftet die politische Atmosphäre Rumä-
niens bis zur Unentrichtlichkeit. Der Regimewechsel, der

Rein-zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Vertriebsort: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Amstisches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptverlag: Bocholt, Reichsstraße 14, Fernsprecher 3054/55.
Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht
2,20 M. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einstellig 42 Pfg.
Belegpreis 2,52 M. — Rein-Sammel-Anzeigenpreise: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite,
Stellengeld 6 Pfg., Restpreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter.

Nummer 348

Dienstag, den 18. Dezember 1934

Jahrgang 1934

Der rumänische Rüstungskandal um den Skoda-Vertrag.

Der Untersuchungsbericht des Ausschusses der rumänischen Kammer.

Ungeheure Ueberzahlungen und Bestechungen.

Von unserem Bularest-Korrespondenten.

el Bularest, Mitte Dezember.

Der Skandal um den Rüstungsvertrag der
Stoda-Verträge mit der rumänischen Regierung be-
herrscht seit einhalb Jahren die öffentliche Meinung
Rumäniens. Die Affäre fängt im März 1933 mit einer
harmlosen Steueramtlichen Hausführung im Büro der
Bularest Vertretung der tschechoslowakischen Stoda-
werke an, und es ist gewiß kein Zufall, daß die mili-
tärischen und zivilen Untersuchungsbehörden für den
eiserne Geheimhaltungs- und Ingenieurbüro
mehr Interesse zeigten als für die Geschäftsbücher, aus
denen man nur eine Steuerhinterziehung nach-
weisen kann.

Der eiserne Schrank enthielt viel wichtigere Dinge.
Drei Stunden lang suchten die Beamten das Material:
Pläne, Vertragsentwürfe, Geschäftsverhandlungen ein-
schließlich von Unterlagen mit verdächtigen Dednamen,
und siehe, auch Abschriften wichtiger militärischer Do-
kumente, die sich auf die rumänische Landesverteidigung
beziehen, kommen zum Vorschein. Sieben militärische
Schriftstücke werden beschlagnahmt, genau paginiert und
rubriziert, die Sache dauert unheimlich lange. Da wird
die Untersuchung nicht abgebrochen. Der
eiserne Schrank wird wohl amtlich verriegelt, und eine
Abteilung Gendarmen zur Bewachung zurückgelassen.
Aber auch die Gendarmen erhalten anderntags den Be-
fehl zum Abzug — man weiß heute noch nicht, wer diesen
Befehl erteilt hat — und der Direktor der Bularest
Stodaverwaltung, der Oesterreicher Seletsky, schreitet
vor dem verriegelten eisernen Schrank so nervös auf und
ab, daß er sich mit den Zierknöpfen seines rechten Ärmels
in den Bindfäden der Siegel verfangt und diese abreißt.
Als 38 Stunden später die Staatsanwaltschaft wieder
Nachschau hält und den eisernen Schrank öffnet, ist un-
schwer festzustellen, daß der Inhalt des Geheim-
tresors etwas gelichtet wurde. Der Staats-
anwalt findet jedenfalls nicht das, was ihn mehr inter-
essiert als die Abschriften der Militärdokumente: der
Chiffreschlüssel zur Entzifferung der Dednamen in
dem Briefwechsel zwischen Bularest und der Prager
Generaldirektion ist verschwunden. Das ist über-
aus schade, denn in dem Briefwechsel stehen rätselhafte
Worte, wie Kaufhaus, Palastbau usw., die immer im
Zusammenhang mit erheblichen Geldbeträgen erwähnt
werden. Die Annahme liegt nahe, daß die Dednamen
jene Personen betreffen, die die Schmiergelder ge-
nommen haben. Seletsky scheint nach dieser Richtung hin
jemlich großzügig gewesen zu sein.

Einige Tage später nach der aufsehenerregenden
Hausführung fällt die Opposition Sturm gegen die
Regierung der Nationalen Kleinbauern, die den Stoda-
vertrag im Mai 1930 abgeschlossen hat. Es werden
phantastische Beträge genannt, die als Schmier-
gelber bezahlt wurden. Die Summe von Millionen
Geld fliegen nur so in der Luft herum; zählt man nach,
dann erkennt man an die drei Milliarden Lei; Beträge,
die zweifellos übertrieben sind. Aber auch wenn man
hiervon die Hälfte, oder auch gar zwei Drittel abstricht,
bleibt genug übrig, was in gewisse Taschen gelassen ist.
Unter dem ungeheuren Druck der Opposition läßt die
Regierung Baiba-Roedon den Leiter der Bularest
Stoda-Vertretung, Seletsky, verhaften. Der Be-
dacht der Spionage muß allerdings bald fallen gelassen
werden, Seletsky wird nur des Anbetrags von mili-
tärlichen Dokumenten und der Entfernung amtlicher Siegel
beschuldigt.

Im August 1933 ist der Sensationsprozeß vor
dem Bularest Kriegsgericht. Es sind tropisch
heiße Tage, trotzdem ist der Verhandlungssaal bis auf
den letzten Platz gefüllt. Die beste Bularest Gesellschaft
ist vertreten. Man erwartet von Tag zu Tag die große
Senation. Die Stoda-Verträge kommen aber nicht
zum Vorschein. Seletsky schweigt wie das
Grab. Er habe keinen Heller Bestechungs-
gelber gezahlt. Dabei bleibt er, obwohl er ruhig
reden könnte, denn nach dem rumänischen Gesetz
nicht der bestraft, der besticht, sondern der Bestochene. Der
Prozeß dauert vierzehn Tage. Gemeine Kriegsminister,
eine Anzahl von Generalen, die technischen Abteilungs-
leiter des Kriegsministeriums ziehen als Zeugen auf und
stellen Seletsky, dem „Aushilfsminister von heute“, ein glän-
zendes Zeugnis aus. Auch der militärische Staatsanwalt
hält eine auffallend maßvolle Schlussrede. Trotzdem wird
Seletsky zu fünf Jahren schweren Kerfers
verurteilt. Nicht wegen der Bestechungen, von denen
in dem Prozeß kaum die Rede war, sondern wegen der
Militärdokumente, die er sich im Auftrag der
Stoda-Vertretung beschafft hatte, um in allen rumänischen
Küstungsfragen genau Bescheid zu wissen. Die Verteidi-
gung erhob gegen das Urteil Einspruch, Seletsky verlor
jedoch die Revision.

Der Stoda-Vertrag ist damit aber noch nicht zu Ende.
Die Sache hängt nach dem Prozeß eigentlich erst an.
Immer lauter werden die Stimmen, die ein großes
Reinmachen und Bestrafung der Schuldigen fordern. Die
Stoda-Verträge vergiftet die politische Atmosphäre Rumä-
niens bis zur Unentrichtlichkeit. Der Regimewechsel, der

Mitte November vorigen Jahres nach dem Sturz der
Nationalen Kleinbauern die liberale Partei aus Ruher
bringt, ändert auch im Hinblick auf Stoda die Lage von
Grund auf. Den Nationalen Kleinbauern bleibt nichts
anderes übrig, als eine parlamentarische Un-
tersuchung der peinlichen Angelegenheit zu verlangen.
Der Wunsch wird ihnen erfüllt.

Wochen und Monate war der „Stoda-Ausbruch“ der
rumänischen Deputiertenkammer bemüht, die dunkle An-
gelegenheit des Rüstungsvertrages zu erhellen und die
Personen festzustellen, die den rumänischen Staat um
viele Hundert Millionen Lei geschädigt haben. Die Zeit-
ungen veröffentlichten seitlang die Berichte über die
eingehenden Verhöre, die mit gewissen Kriegsministern,
hohen Generalen, einflussreichen Zwischenhändlern, Poli-
tikern und schillernden Personen zweiten und dritten
Ranges angestellt wurden. Der Zeugenapparat des Se-
letsky-Prozesses vor dem Kriegsgericht wurde von neuem
aufgeboten, Seletsky selber tagelang verhört. Er kam
tipptippt, auf aussehend und beherzt mit zwar
aufstehenden Lippen und einem unaussprechlichen, nervösen Läch-
eln in die Kammer, sprach aber auch vor den Politikern
um den Kern der Dinge herum, war um seinen Preis
dazu zu bewegen, das Geheimnis um den Rüstungsvertrag
zu lüften. Die Luft des „Palastbühnen“ blieb ungetrübt.
Seletsky hielt dicht, obwohl er schon ein Jahr lang
in den Katakomben des zehn Kilometer von Bularest ent-
fernt liegenden Gefängnisses von Sibava eingesperrt war.
Seletsky zeigte sich trotz allem als ein Mann von Cha-
rakter, der eingangsene Verpflichtungen hält. Die Herren
von Stoda in Prag können mit Seletsky zufrieden sein.

Da das eigentliche Belastungsmaterial in Sicherheit
gebracht war und die vielen Rumänischen Politiker
und Militärs nach Prag und Wien im wesentlichen ohne
Erfolg blieben, mußte der parlamentarische Untersuchungs-
ausschuss die indirekte Beweisführung anwenden. Dabei

stand die Preisfrage im Vordergrund. Warum waren
die Preise des rumänischen Rüstungsver-
trages mit Stoda so viel teurer als die des
ganz ähnlichen tschechoslowakischen Stoda-Ab-
kommens. Der Vergleich fiel sehr zu Ungunsten jener
Stellen in Bularest aus, die für den Vertragsabschluß
verantwortlich sind. Der Bericht des Ausschusses bezeichnet
den Stoda-Vertrag als schädlich und hält dem Ge-
neral Cibolski, der zur Zeit des Vertragsabschlusses
Kriegsminister war, ein aus zwölf Punkten bestehendes
Sündenregister vor. Er wird vor dem Obersten Gerichts-
hof zu verantworten haben, warum Rumänien die Stoda-
Ankonomie übernahm und bei den Verhandlungen so viel
schlechter abschnitt als das verbündete Jugoslawien. Der
Bericht empfiehlt dem Parlament, darüber zu entscheiden,
ob der damalige Kriegsminister guten Glaubens oder
nicht gehandelt habe. Im letzteren Falle wird der General
den Gerichten übergeben werden. Zur Verantwortung
wird auch der gewesene Justizminister Michael Popo-
vici gezogen werden, den der Stoda-Ausbruch beschul-
digt, die Einstellung der Hausführung im Büro der Stoda-
Vertretung in Bularest veranlaßt zu haben, wodurch
Seletsky und Genossen Gelegenheit erhielten, belastendes
Material über die an gewisse Personen ausbezahlten Be-
schützungsgehalte zu beschaffen.

Daß Seletsky hemmungslos und ausgiebig
„geschmiert“ hat, nimmt der Bericht als erwiesen an,
er vermag aber nicht im einzelnen anzugeben, wer be-
schrieben wurde. Nur zwei Leute, der Journalist und Poli-
tiker Boila, der Neffe des gewesenen Ministerpräsidenten
und Parteiführers Maniu, und Oberst A. D. D.
Georgescu, werden des Mißbrauchs von po-
litischem Einfluß bezichtigt, das heißt, daß sie
für die Mißsprache in Sachen Stoda bei maßgebenden
Regierungsstellen Geld genommen hätten. Von Georgescu
(Fortsetzung 2. Seite.)

Stürmische Kundgebungen gegen Italien und Ungarn in Belgrad.

Sturm auf die italienische Gesand- schaft durch Polizei verhindert.

DNB Belgrad, 17. Dez.

In Belgrad kam es am Montagabend zu einer Kund-
gebung von solchen Ausmaßen, wie sie die südsla-
wische Hauptstadt schon seit einer Reihe von
Jahren nicht mehr erlebt hatte. Etwa
1000 Studenten aus Ugram und Laibach, die die
Begräbnisrede des Königs Alexander in Oplenac besucht
hatten, versammelten sich am Abend in der Belgrader
Universität und zogen dann auf den Theaterplatz. Ge-
sammelten sich in kurzer Zeit etwa 10000 Ange-
hörige der nationalen Verbände an, die eine
Protestversammlung gegen das Marzeller Attentat
abhielten.

Mehrere Redner betonten, daß die nationale Jugend
Südslawiens sich zum letzten Male auf eine
Kundgebung beschränkte, weil sie das nächste
Mal entschlossen sei zu sterben.

Die ganze Versammlung zog sodann unter Abhängung
vaterländischer Fahnen vor das ehemalige königliche
Schloß und brach in Jubelungen für die Dynastie
Karageorgewitsch aus. Sodann zogen sich die Massen, die
unaufhörlich neuen Zugzug erhielten, in der Richtung

auf das Kriegsministerium in Bewegung. Schon
unterwegs kam es zu leidenschaftlichen Kund-
gebungen besonders gegen Italien und aber
auch gegen Ungarn und Desterreich. Unter Schmä-
hungen auf Mussolini und Ranya hielt der Zug vor
dem Kriegsministerium, wo eine neue Versammlung ver-
anstaltet wurde.

Es sprachen wieder mehrere Redner aus Belgrad,
Ugram und Laibach, die erklärten, daß die ganze Hoff-
nung und Zuversicht des jugoslawischen Volkes auf die
Armee gerichtet sei. Dem Kriegsminister General
Zimkowski wurden begeisterte Huldigung-
en dargebracht. Aus den Reihen der Versammlungs-
teilnehmer ging die tiefe Enttäuschung hervor, die in
der nationalen Jugend Südslawiens wegen des Ergeb-
nisses der Genfer Anklage gegen Ungarn herrschte.

Die Versammlung, die immer leidenschaftlichere
Formen annahm, wollte schließlich in der Nähe
des italienischen Gesandtschafts für-
men, wurde aber daran gehindert.

Die Demonstranten versuchten ferner auf Umwegen sich
der Gesandtschaft zu nähern, ließen aber überall auf den
Widerstand der Gendarmerie, von der an-
scheinend die ganze Brigade bereitgestellt worden war.
Die Kundgebungen dauerten bis spät in die Nacht an.

Internationaler Kampf gegen die Gottlosenbewegung.

Bildung einer deutschen „Pro-Deo-Kommission“.

Berlin, 17. Dezember.

Wie Berliner Blätter melden, ist in diesen Tagen
eine deutsche Sektion der im vorigen Jahr in Genf
gegründeten Internationalen Kommission
„Pro Deo“ gebildet worden. Das Ziel dieser inter-
nationalen Kommission ist die Schaffung einer inter-
nationalen Gegenbewegung gegen die
bolschewistische Gottlosenpropaganda. Der
deutschen Kommission gehören u. a. an Reichsgerichts-
präsident i. R. Dr. Simons, Professor Dr. Seeburg,
Domvikar Dr. Altermann und Professor Dr.
Berg-Nagel.

Erfundene Gerüchte!

Eine Klarstellung des „Observatore Romano“.

Am. 17. Dezember.

Der „Observatore Romano“ bringt unter der „Ueber-
schrift „Erfundene Gerüchte“ folgende Notiz:
„Einige Zeitungen brachten in diesen Tagen verhe-
dene Meldungen, wonach deutsche Kreise den

Heiligen Stuhl in seiner Haltung gegen-
über der Saarfrage zu beeinflussen ver-
sucht hätten. Wir können versichern, daß derartige In-
formationen durchaus unbegründet sind und daß
der Heilige Stuhl immer eine Haltung absoluter Neu-
tralität und Unparteilichkeit gewahrt hat
und wahren wird.“

Der neue Erzbischof von Salzburg.

Am. 17. Dezember.

Papst Pius XI. hat den bisherigen Titular-Bischof
und apostolischen Administrator von Innsbruck, Weih-
bischof von Salzburg ernannt.

25 Dörfer durch Erdbeben in Anatolien vernichtet.

London, 17. Dezember.

Wie Reuters aus Ankara meldet, sollen bei einem
schweren Erdbeben im Innern Anatoliens 20 Men-
schen getötet und 100 verletzt worden sein. Mehrere
schwere Erdbeben sollen 25 Dörfer zerstört
haben. Am stärksten betroffen sei das Gebiet zwischen
Diarbekr und Mouche. Die Regierung soll einen Hilfs-
dienst eingerichtet haben. Wie weiter gemeldet wird,
sollen die Erdbeben noch andauern.

Tagesrundschau.

Der Fall Justice.

Der amtliche Bericht
der Regierungskommission
sucht den Zwischenfall in Saarbrücken in
einem für den englischen Polizeioffizier
Justice mitberem Lichte hinstellen, als es die
Augenzeugenberichte tun. Aber zu dieser milderen
Beleuchtung steht die Suspension des Polizei-
offiziers vom Dienst, ebenso wie die Anweisung an die
Polizei, bei den Erhebungen über den Fall, diesen
ohne Ansehen der Person unanfechtlich mit aller
Strenge zu verfolgen, in Widerspruch, und auch die
Antworten, die Sir John Simon gestern im
Unterhaus auf die Anfragen des Arbeiterpartei-
Lansbury gegeben hat, lassen erkennen, daß nicht
jene Darstellung, sondern die deutschen Feststellungen,
wie sie durch das Deutsche Nachrichtenbüro verbreitet
worden sind, den Anspruch auf Glaubwürdigkeit ver-
dienen. Sir John Simon hat nachdrücklich jede Ver-
antwortung der englischen Regierung für den Fall
abgelehnt. Es liegt uns fern, eine andere Meinung
zu äußern. Wir sehen es im Gegenteil bei vollem
Verständnis für die Entrüstung, die das Verhalten
des Polizeioffiziers Justice in der saarländischen Be-
wässerung hervorgerufen hat, als erfreulich an, daß
dieser Mann nicht zu den englischen Trup-
pen gehört, die jetzt — allerdings nach unserer
Meinung überflüssiger Weise — für die Abstellungs-
zeit zugleich mit italienischen, schwedischen und hollän-
dischen Truppenteilen der Regierungskommission zur
Wahrung der Ordnung zur Verfügung gestellt werden.
Der Verantwortliche für die Einstellung des Eng-
länders Justice in die Saarpolizei, in der er schon seit
einiger Zeit tätig ist, ist Herr Knox, der Präsident
der Regierungskommission, der allen deutschen War-
nungen zum Trotz Ausländer in die Polizei eingestellt
und dabei ganz offensichtlich keineswegs hinreichend
Sorge dafür getragen hat, daß diese Ausländer ohne
Ausnahme Männer von unbedingter Verlässlichkeit
und Eignung für den Polizeiberuf seien. Der Poli-
zeioffizier Justice hat jedenfalls gezeigt, daß bei ihm
von diesen Eigenschaften keine Rede sein kann. Er
hat nicht nur nach der Kneiperlei, von der er kam,
sein Auto höchst unsicher und fahrlässig gesteuert und
nicht nur, nach dem bedauerlichen Unfall, den er her-
beigeführt hat, ein unmögliches Verhalten gezeigt,
sondern für ihn ist es auch kennzeichnend, daß sein
rechtlich abenteuerliches Leben, von dem
die englischen Blätter berichten, allem Anschein nach
als richtige Vorbild für einen Polizeioffizier im
Saargebiet von der Stelle, die ihn eingestellt hat, ge-
halten worden ist. Justice ist hiernach 29 Jahre alt,
stammt aus Schottland und hat auf der Universität
Bonn die deutsche Sprache gelernt. Später trat er
in die Polizei der früheren deutschen Kolonie Südwest-
afrika ein, wo er aber nicht lange blieb. Danach war
er Holzschläger in Kanada. Von dort kam er nach
England zurück, wo er eine kurze Zeit Sekretär des
Eishockey-Verbandes war und sich dann dem Motor-
rennsport widmete. Von Herrn Knox, der diesen
Abenteurer in drei Werten zum Polizeioffizier ge-
macht hat, erwartet man jetzt nicht nur im Saarge-
biet, sondern in ganz Deutschland, daß er Justice, der
in betrüblichem Zustand vier Menschen angefahr-
ren, dann mehr als unfair verurteilt hat, sich mit
50 Franken = 8,20 Reichsmark aus der Affäre
zu ziehen und endlich noch, zur Rebe gestellt,
von seinem Revolver Gebrauch gemacht hat, einer ge-
rechten Bestrafung zuführt, und sich im übrigen
auch die anderen Ausländer, die er in die Polizei hat
einstellen lassen, einmal genauer auf ihre Eignung an-
sieht. Es sind jetzt keine dreißig Tage mehr bis zur
Abstimmung. Die Bevölkerung des Saargebiets steht
den 13. Januar mit begreiflicher Spannung entgegen.
Es ist ihr bisher schon nicht wenig von Seiten der Re-
gierungskommission und des Bismarcksträßes zu-
gemutet worden. Sie hat trotzdem Disziplin und Ord-
nung gewahrt und wird diese Haltung auch nicht auf-
geben, wenn jetzt 3500 Mann ausländischer Truppen
unter ihr den Polizeidienst versehen sollen. Der Fall
Justice aber ist eine Mahnung auch für diese Trup-
pen und ihre Führer. Wir hoffen gewiß, daß sie sie
beachten werden. Andererseits stimmen wir durchaus
dem „Daily Express“ zu, wenn er schreibt, der Zwischen-
fall diene nicht dazu, die an sich schon sehr geringe
Vollständigkeit der internationalen Saarpolizei zu
erhöhen, und die Saarländer hätten jetzt einen
Vorgeschmack von der Polizei bekommen,
die im Saargebiet bleiben werde, falls
die Saarländer für den Status quo an-
statt für Deutschland stimmen würden. Für die
Deutschen an der Saar hätte es allerdings, wie wir
doch hierzu bemerken möchten, dieses warnenden
Zwischenfalls nicht bedurft, um ihre Entscheidung für
den 13. Januar, das überwältigende Bekenntnis für
die Heimkehr zum deutschen Mutterlande, festzulegen.

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

(Fortsetzung 2. Seite.)

18 Mitglieder seiner Besatzung sind schon über 1 000 000 Kilometer durch die Luft gefahren — selbst zum „Luftmillionär“. Die stolze Zahl von einer Million Fahrkilometern, die bisher von keinem Luftfahrzeug erreicht worden ist, ist nahezu gleichbedeutend mit dem 24fachen Erdumfang und bringt das sechste Betriebsjahr des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ zu bedeutungsvollem Abschluß. Dieser Erfolg hat darüber hinaus auch noch eine symbolhafte Bedeutung. Als man das Luftschiff LZ 127 auf den Namen „Graf Zeppelin“ taufte, verband man bewußt das Schicksal der genialen Idee des alten Grafen mit dem Schicksal dieses Schiffes, das die Entscheidung über die Zukunft des Zeppelins bringen mußte. Der 1 000 000. Kilometer ist der endgültige Sieg der Zeppelinschen Idee und gleichzeitig ein Zeichen dafür, welche Taten unbegrenzter Wille und unermüdlicher Schaffensgeist zu vollbringen vermögen. Welche Bedeutung die Luftschiffahrt seit der Jubiläumstellung des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ am 11. Oktober 1928 erlangt hat, beweisen am besten die Beförderungszahlen dieses ersten Transocean-Luftschiffes. Bisher wurden insgesamt 423 Fahrten, darunter ungefähr 90 Ozeanüberquerungen, bei einer Fahrdauer von insgesamt 9815 Stunden ausgeführt und rund 27 700 Personen, über 5,5 Millionen Postsendungen und über 42 000 Kilo. Fracht ohne Unfall befördert. Wenn man rückblickend die bisherigen Leistungen des „Graf Zeppelin“ überblickt, dann kann man nur feststellen, daß das Schiff und seine bewährte Besatzung Pionierarbeit im wahren Sinne des Wortes zu leisten hatten. Erinnert sei an die erste Fahrt des Zeppelins nach Nordamerika im Oktober 1928, an die Weltumfliegung im August 1929, an die Fahrt in die Antarktis im Juli 1931, die über bisher unbekannte Gebiete führte, und vor allem auch an jenen 20. März 1932, an dem der erste regelmäßige Luftdienst zwischen zwei Kontinenten auf der Südatlantikroute eröffnet wurde und damit die Luftschiffahrt in eine neue Phase ihrer Entwicklung eintrat. Seitdem sind diese Zeppelinsfahrten mit erstaunlicher Sicherheit, Regelmäßigkeit und minutiöser Pünktlichkeit durchgeführt worden. Unabhängig von Wind und Wetter und allen meteorologischen und klimatischen Schwierigkeiten zum Trotz hat der Zeppelin stets seinen Fahrplan eingehalten. Die ursprünglich vorgesehene Fahrdauer von 72 Stunden für die Strecke Friedrichshafen-Buenos Aires wurde in vielen Fällen sogar recht beträchtlich unterschritten. Durch diese erste transoceanische Luftverbindung ergab sich eine Zeitersparnis von ungefähr 75 Prozent gegenüber den bisherigen Verkehrsverbindungen. Das wachsende Vertrauen zum Luftschiff im internationalen Reiseverkehr zeigt sich am deutlichsten in der ständig steigenden Tendenz der Beförderungszahlen. Während noch im Jahre 1932 im Durchschnitt nur vier zahlende Passagiere auf den einzelnen Fahrten befördert wurden und die Durchschnittsbefahrung im Jahre 1933 erst auf neun Passagiere je Fahrt gestiegen war, zeigte sich in diesem Jahre zum ersten Male, daß die auf dem Luftschiff „Graf Zeppelin“ vorhandenen 20 Plätze bei den meisten Fahrten nicht ausreichten, um alle Interessenten befördern zu können. In demselben Maße, in dem die Zahl der Passagiere zunahm, konnten die Fahrpreise gesenkt werden. Im Jahre 1929 kostete eine Fahrt mit dem Luftschiff über den Ozean noch 8400 RM; heute nur noch 1500 RM für die Strecke Friedrichshafen—Rio de Janeiro. Dem Stolz des deutschen Volkes auf die Leistung des „Graf Zeppelin“ hat Reichsluftfahrtminister Göring in einem drucklosen Glückwunsch an die Besatzung Ausdruck gegeben. Der Funkpruch wurde von Berlin aus so aufgegeben, daß er das auf der Heimreise nach Deutschland befindliche Luftschiff kurz nach Zurecklegung der ersten Million Kilometer erreichte.

Der rumänische Skoda-Skandal.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Der schon im Selekt-Prozess eine sehr tragwichtige Rolle spielte und ums Haar wegen Meineides verhaftet worden wäre, ist bekannt, daß er einen sogenannten Kommissionsbrief besaß, der ihm 0,75 Prozent der erzielten Vorteile sicherte. Da es sich um ein „Geschäft“ von drei Milliarden Tschechosloven handelt, beträgt die Provision immerhin die runde Summe von 22,5 Millionen Kronen. Wolla, der Kesse Manius, kann seinen Vermögenszuwachs in den kritischen Jahren 1929 und 1930 — der Vertrag wurde am 17. Mai 1930 unterzeichnet — nicht nachweisen. Er steht nach Ansicht des Verichterichters im Verdacht, von Selekt große Geldbeträge genommen zu haben. Daß Wolla für Selekt und Skoda wichtig war, ist bei den verwandtschaftlichen Beziehungen des Selekt zum Skoda-Konzern leicht einzusehen. Der Bauernführer Maniu, der während der Skoda-Verhandlungen rumänischer Ministerpräsident war, ist nach dem Bericht des Verichterichters in die Skodasache nicht verwickelt. Die Selektfolgerungen enthalten nur infolgedessen des Untersuchungsausschusses einen Nachweis gegen Maniu und seinen Kreis, als die Verurteilung eine Skizze aus dem Verhör mit Selekt, die von den Beziehungen zu Maniu handelt, als Fälschung hinzustellen, als eine bewußte politische Ablenkung bezeichnet werden.

Um die Echtheit der Aussage Selekt ging ein wochenlanger Streit. Einer der Verteidiger Selekt, das verurteilte, sich die betreffende Seite aus dem Aktenbündel im Original und zahlte dem Gerichtsschreiber für diese „Gefälligkeit“ 100 000 Lei = 2500 Reichsmark Entschädigung. Es fanden sich natürlich Schriftstücke, die auf Grund der Unterschiede in den Handschriften die sich auf Maniu beziehende zusätzliche Bemerkung als eine nachträgliche Fälschung bezeichneten. Auch Maniu operierte mit diesem Dokument vor dem Skoda-Ausschuß. Es kam zu einer hochnotpeinlichen militärgerichtlichen Untersuchung mit dem Ergebnis, daß die Behauptungen des Kreises um Maniu keineswegs haltbar waren. Maniu ist daher die große Rechtfertigung nicht ganz gelungen, was aber noch lange nicht heißt, daß der Bauernführer Rumaniens der Mann Selekt gewesen wäre.

Der Skoda-Bericht hat in allen maßgebenden politischen Kreisen des Landes wie eine Bombe eingeschlagen. Das Ansehen der Nationalen Kleinbauern, die die Verantwortung für den staatsgefährlichen Rüstungsvertrag tragen, ist schwer geschädigt. Verheerend aber ist das Untersuchungsergebnis für die Skoda-Werke und ihre Geschäftsmethoden. Der „Fall Skoda“ ist ein Schulbeispiel dafür, wie die Rüstungsindustrie in Europa heute arbeitet. (Die Skoda-Werke in der Tschechoslowakei gehören durch Schneider-Creusot zu dem großen europäischen Rüstungskonzern, dessen Fäden bei dem Comité des Forges in Paris zusammenlaufen. Die Schriftleitung.) Das aufbrechende Skoda-Geschwür in Rumänien verleiht das ganze Land in einen innerpolitischen Kampfstadium. In der nächsten Zeit, unmittelbar nach Weihnachten be-

ginnend, stehen in der Hauptstadt schwere innenpolitische Kämpfe bevor. Die Nationalen Kleinbauern Manius werden sich ihrer Haut mit allen Mitteln zu erwehren trachten, die Regierung kann aber von der einmal be-

Drei Tage Anklageverlesung im Memelprozeß.

528 Seiten Anklageschrift.

DNB Kowno, 17. Dezember.

Am dritten Tag des Memel-Prozesses wurde die Verhandlung mit erheblicher Verspätung erst um 10 Uhr vormittags eröffnet. Der Vorsitzende stellte fest, daß der Angeklagte Lapins, der inzwischen flüchtig geworden ist, sein Einverständnis zur Verlesung der Anklageschrift in seiner Abwesenheit gegeben habe. Dann begann die Verlesung der Anklageschrift, die bekanntlich 528 Seiten umfaßt, so daß man mit einer dreitägigen Verlesungsdauer rechnen muß. Am Montag wurde nur etwa ein Viertel der ganzen Schrift verlesen.

Der erste Teil umfaßt einleitend die Vorgeschichte des Prozesses und der Anklagepunkte, die die Staatsanwaltschaft gegen die Memelländer erhebt. Sie

jogenen Linie der Reinigung der politischen Atmosphäre um jeden Preis nicht mehr zurück. Wie dieses Ringen um die Reinheit der rumänischen Seele ausgeht, vermag heute noch niemand vorauszusehen. Der Kampf des offi-

behaftigt sich dann mit der Entwicklung der politischen Dinge im Memelgebiet und behauptet, daß seit 1924 bereits geheime Verbindungen im Memelgebiet bestanden hätten, die zu einer Abtrennung des Gebietes von Litauen bzw. zu einer Rückgliederung an Deutschland hätten führen sollen. Nachdem der Nationalsozialismus in Deutschland groß geworden sei, habe diese Bewegung auch automatisch auf das Memelgebiet übergriffen. Eine Anzahl von Sport- und Kulturverbänden seien gewissermaßen die Träger der nationalsozialistischen Idee im Memelgebiet gewesen. Es werden im einzelnen starke Vorwürfe erhoben und an Hand von Material verläßt, den Nachweis zu führen, daß die Bewegungen von Sak und Neumann im engen Einvernehmen mit dem deutschen Nationalsozialismus und zwar besonders mit den amtlichen Stellen gearbeitet hätten. Die Verhandlung wurde dann auf Dienstag 9 Uhr vertagt.

Der Fall des englischen Polizeioffiziers im Unterhaus.

Eine Erklärung Sir John Simons.

London, 17. Dezember.

Im Unterhaus stellte der Führer der Arbeiteropposition, Lansbury, an den Staatssekretär des Äußeren die Frage, ob er eine Erklärung „über den kürzlich in Buch des Friedens im Saargebiet“ abzugeben habe.

Simon erwiderte: „Die Saarpolizeistreitkräfte stehen unter der alleinigen Befehlsgewalt der Saargebietskommission, auf der weichen die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung im Gebiet ruht. Die britische Regierung hat natürlich keine Verantwortung für die Anwesenheit oder die Ausübung der Gewalt durch diese Streitkräfte. Ich erlaube mir, die Mitglieder dieser Truppe. Ich erlaube, daß die Anwesenheit im Ausland für diese Polizeistreitkräfte nicht aufgehört hat, weil es jetzt eine internationale Streitkraft gibt, die keine Verbindung mit der Saarpolizei hat, die aber zur Verfügung der Regierungskommission gestellt ist. Ich bebaure, zu erfahren, daß sich in der Sonnenbahn ein Zwischenfall in den Straßen von Saarbrücken ereignete. Die Regierungskommission hat besondere Anordnungen für eine rasche und gründliche Untersuchung erlassen, und der in Betracht kommende Polizeibeamte ist bis zur Klärung der Angelegenheit suspendiert worden.“

Da die Frage weiterhin „sub judice“ ist, kann ich natürlich keine weitere Erklärung abgeben und nur sagen, daß ein dritter Zwischenfall zu dieser Zeit äußerst unglücklich ist. Es besteht aber kein Grund, irgendwelche politischen Verwicklungen zu erwarten.

Die Vergnügungsreisen im Rundfunkwagen.

Nachträgliche Anklageerhebung gegen Direktor Habert.

Berlin, 17. Dezember.

Am Montag wurde im großen Rundfunkprozeß der frühere Wirtschaftsleiter der Schlesischen Funktunde A.-G., Wilhelm Habert, als Zeuge vernommen. Zu den Privatfahrten mit Dienstwagen in Breslau erklärte der Zeuge: Der Aufsichtsratsvorsitzende der Schlesischen Funktunde, Jorek, hat den Dienstwagen für private Zwecke etwa zwei- bis dreimal im Monat benutzt. Der Zeuge bekundete weiter, daß diese Privatfahrten der leitenden Angestellten niemals bezahlet worden seien. Er habe dabei auch nichts gefunden, denn solche Fahrten seien meistens mit gewissen Repräsentationspflichten verbunden gewesen. Auch Fahrten ins Riesengebirge habe man ohne weiteres als erlaubt angesehen.

Vorher: „Es wird gesagt, daß die Reisen der Treuhändergesellschaft, die die Privilegien bei der Schlesischen Funktunde vorgenommen hätten, an solchen Fahrten teilgenommen haben.“ Zeuge: „Das ist auch geschehen. Aber niemand hat irgendwelche Nebenabgaben damit verbunden.“ Der frühere Intendant Bischoff sagte aus, er habe auch an Sonntagen hin und wieder Fahrten ins Riesengebirge gemacht, denn er sei der Meinung gewesen, daß er nach angestrebter Tätigkeit in der Woche auch das Recht habe, sich einmal zu erholen und neue Anregungen zu sammeln.

Die weitere Vernehmung Haberts und die Vernehmung der früheren Kraftwagenführer der Dienstwagen ergab interessante Feststellungen über den Umfang der Privatfahrten. Das ergab insbesondere die Vernehmung des früheren Kraftwagenführers Lange. Vergnügungsfahrten wurden eigentlich nur „Sonntags gemacht“, so erklärte der Zeuge, nur Herr Habert fuhr gelegentlich in der Woche zum Kaffee nach Jobben, Trebnitz u. d. Sonntagsfahrten gingen gewöhnlich ins Riesengebirge oder in die Tschechoslowakei. Solange ich bei der Schlesischen Funktunde beschäftigt war, bin ich jeden Sonntag im Sommer und Winter unterwegs gewesen. Jorek hat den Dienstwagen nur ein- bis zweimal im Monat benutzt, aber manchmal haben wir auch Fahrten innerhalb Breslaus für die Funktunde gemacht. (Weiter.) Frau Habert hat des öfteren in der Stadt Befordrungen gemacht. Ich mußte sie zum Einkauf nach der Markthalle fahren, aber nicht gerade täglich. Direktor Habert hat den Wagen am meisten benutzt. Dem Intendanten Bischoff ist er nur wenig benützt worden, so einmal zu einer Fahrt nach Schmiedeberg mit Frau und Schwiegermutter und einmal nach Agnetendorf.

Oberstaatsanwalt: „Ich sehe hier im Fahrbuch, daß Habert den Wagen in geradezu unerbittlicher Weise benutzt hat. Fortgesetzt hat Fahrten von ungefähr 300 Kilometer verzeichnet. Sonntags ging es meist nach Schmiedeberg, Jobben, Waldenburg, Krummhölz u. d. Direktor Habert erklärte, auch bei diesen Fahrten sei geistlich gesprochen worden.“

Weiter leitete der Oberstaatsanwalt an Hand des Fahrbuches fest, daß der Angeklagte Jorek in einem einzigen Monat 1000 Kilometer Privatfahrten unternommen hat. Die dann fortgesetzte Vernehmung des Chauffeurs Lange warf ein weiteres bezeichnendes Licht auf die Zustände bei der Schlesischen Funk-

Wechsel in der Leitung der Reichsgruppe Industrie.

DNB Berlin, 17. Dezember.

Der mit der Führung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministeriums beauftragte Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat an den aus seinem Amt scheidenden Herrn Krupp von Bohlen und Halbach folgenden Schreiben gerichtet:

Sehr verehrter Herr Krupp von Bohlen und Halbach! Nachdem Sie Ihr Amt als Präsident des Reichsverbandes der deutschen Industrie niedergelegt und mich wiederholt und auch jetzt wieder insofern Ihre beruflichen Überlastungen gebeten haben, von Ihrer Berufung als Leiter der Reichsgruppe Industrie abzusehen und Sie von der Leitung der Hauptgruppe I der gewerblichen Wirtschaft zu entbinden, kann ich zu meinem lebhaften Bedauern nicht anders, als Ihrem Wunsch entsprechen. Ich ergreife aber diese Gelegenheit, um Ihnen für die dem nationalsozialistischen Staat selbstlos geleistete Arbeit und Mühewaltung aufrichtig zu danken und der Erwartung Ausdruck zu geben, daß ich auch in Zukunft auf Ihre wertvolle Unterstützung rechnen darf.

Mit deutschem Gruß und Heil Hitler bin ich Ihr sehr ergebener (gez.) Dr. Hjalmar Schacht.

In Ergänzung hierzu erfahren wir, daß Reichsbankpräsident Dr. Schacht den Leiter der Reichswirtschaftskammer Regierungsrat a. D. Ewald Feder, Präsident der Industrie- und Handelskammer Hannover, gebeten hat, neben seinem Amt als Leiter der Reichswirtschaftskammer auch die Leitung der Reichsgruppe Industrie zu übernehmen.

Gemeine Beschimpfung des Führers durch ein Emigrantentstück.

Buenos Aires, 17. Dezember.

Im hiesigen Theatre Comique kam es am Sonntagabend bei der Aufführung eines wüsten Tendenzstückes des berühmten Emigranten Ferdinand Bruckner zu Tumulten. Unter den Klängen des Horst-Wessel-Liedes zeigte das Bühnenbild eine gemeine Karikatur des deutschen Staatsoberhauptes, ferner betrunkenen SA in Uniform. Die anwesenden deutschen Volksgenossen, zutiefst erregt und empört über die schamlose Beschimpfung des Führers, die Verächtlichmachung des Reichshauptzeichens und des Horst-Wessel-Liedes, protestierten energig und verurteilten, die Fortsetzung des Stüdes unmöglich zu machen. In der Vorhalle des Theaters kam es zu Zusammenstößen, worauf die Polizei einschritt und die Fortsetzung der Aufführung unterlag.

Die Polizeibehörde von Buenos Aires hat bei der Stadtbeförderung sofortiges Verbot des Stüdes beantragt. Der deutsche Gesandte hat deshalb von einem amtlichen Schritt vorerst Abstand genommen.

Die deutsche „La Plata-Zeitung“ bringt in ihrer Montagsausgabe einen geharnischten Protest gegen die gemeine Beschimpfung des Führers.

Ein „Spender“ mit Frau in Schuchhaft genommen.

DNB Frankfurt a. M., 17. Dezember.

Das „Frankfurter Volksblatt“ hatte am Sonnabend berichtet, daß der ehemalige Kreisdirektor Dr. Mert, der jetzt in Frankfurt im Ruhestand lebe, eine monatliche Pension von 710,73 Reichsmark beziehe, der NSD drei Weihnachtspendepakete zur Verfügung gestellt habe, in denen sich ein paar total zerissene Damenschuhe, ein paar gleichermaßen zerissene Herrenschuhe, zwei Hemden, von denen das eine total zeretzt gewesen sei, und ein durchlöcherter alter Hut befanden hätten. Der Fall hat in der Frankfurter Bevölkerung eine starke Erregung ausgelöst, so daß sich die Polizei veranlaßt gesehen hat, den ehemaligen Kreisdirektor und seine Frau in Schuchhaft zu nehmen.

Zehn Tage nach der Tat zum Tode verurteilt.

DNB Stenab (Altmark), 17. Dezember.

Das altmärkische Schwurgericht verurteilte am Montag nach kurzer Verhandlung den 22 Jahre alten Adolf Ude wegen Mordes in Tateinheit mit schwerem Raub zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Ude hatte am 6. Dezember bei Goldschow (Kreis Werhagen II) den Arbeiter Worfel mit einem Zimmermannshammer niedergeschlagen und beraubt.

Gerettete Schiffsmannschaft in Welfluten erstickt.

Kampf mit dem Tod in Nebel und Sturm.

New York, 17. Dezember.

Ein furchtbares Drama spielte sich in der vorigen Woche auf hoher See ab, als die tapfere Mannschaft des belgischen Dampfers „Jean Jodot“ den Versuch machte, die Besatzung des sinkenden englischen Frachtdampfers „Usmorth“ zu retten. Trotz aller Heldentumskämpfe fanden siebzehn Seeleute den Tod. 15 Mann der Besatzung der „Usmorth“ und mit ihnen der vier Offiziere und ein Maschinist des „Jean Jodot“ sind in den Welfluten erstickt, die von dem gleichfalls zur Hilfe geeilten Cunard-Mitte-Staredampfers „Ascania“ auf das Meer gepumpt worden waren, um die hochgehenden Wogen zu beruhigen.

„Es war eine furchtbare Tragödie“, so lautet der Bericht des Kapitäns. „Sie wurden an unserer Seite von den Wellen verschlungen, ohne daß wir Hilfe bringen konnten.“

Als das Rettungsboot des „Jean Jodot“ von dem dem Untergang geweihten englischen Frachtdampfer mit den geretteten Leuten an Bord zurückkehrte, wurde es

von einer furchtbaren Woge erfasst und in die Masse des Eisfelds geschleudert, das aus allen verfügbaren Pumpen der „Ascania“ auf das Meer niederging. Im Augenblick sanken die Leute unter Wasser und erlitten die furchtbaren Erstickungsqualen durch die Gewalt des niederdrückenden schweren Deils.

Der „Jean Jodot“ hatte in einem außerordentlich gefährlichen Manöver trotz des Drangs, der über die Wellen segelte, seinen Dampfer bis grade vor das Heck des sinkenden Engländer gebracht. Aber die Mannschaft der „Usmorth“ war bereits von dem tagelangen Kampfe mit den Wellen zu geschwächt, um eine Rettungsleine über Bord werfen zu können. Infolgedessen mußte das Rettungsboot ausgeklammert werden. Bevor es aber zu Wasser kam, mußte der „Jean Jodot“ mit voller Kraft von dem sinkenden Schiff losmachen, um nicht Gefahr zu laufen, gegen den Schiffsrumpf der „Usmorth“ getrieben und geschnitten zu werden.

Es dauerte Stundenlang, bis der „Jean Jodot“ wieder so nahe an die „Usmorth“ kam, daß er sie ausmachen konnte. Es herrschte dichter Nebel, und nur mit Hilfe drahtloser Peilung gelang es, die genaue Position der „Usmorth“ zu finden. Gerade als die Rettung schon vollzogen schien, ereignete sich das furchtbare Unglück, das 17 Opfer gefordert hat.

„Jean Jadot“ wieder
daß er sie ausmachte
Rebel, und nur m
s, die genaue Positio
als die Rettung sch
s fürchterbare Un
it

